

Bezirksamt Altona
Technisches Rathaus
Mitglieder des Planungsausschusses
Jessenstraße 1-3
22767 Hamburg

Hamburg, 5. Dezember 2022

TOP Ö 2.1 - Bebauungsplanverfahren „Bahrenfeld 68“

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wer nicht die Wahrheit spricht, muss ein gutes Gedächtnis haben. Leider wurden in der letzten Planungsausschuss-Sitzung viele Unwahrheiten in den Raum geworfen. Als Beispiele nenne ich grob fehlerhafte Behauptungen der Grünen zum Vorbescheidsverfahren, zu dem uns sämtliche Unterlagen vorliegen (!) und die Begründung des CDU-Fraktionsvorsitzenden zur 180-Grad-Kehrwende seiner Partei hin zu den Grünen Positionen im Jahre 2019. In der Bezirksversammlung vom 28.02.2019 erklärte Herr Hielscher noch in einer Rede, die mit Genehmigung auf Video aufgezeichnet wurde, die CDU würde dieser „Stadtentwicklung mit Brachialgewalt gegen die Bewohner“ (3 Vollgeschosse plus zwei Staffelgeschosse) niemals zustimmen. Die 180-Grad-Kehrwende der CDU begründete Herr Hielscher in der letzten Sitzung mit der danach erfolgten Senatsanweisung. Diese Senatsanweisung war schon 2 Jahre ZUVOR ergangen! Ich verzichte dazu zunächst auf weitere Ausführungen.

Es besteht der sehr begründete Verdacht, dass insbesondere auch neue Planungsausschussmitglieder nur mit Teilwahrheiten versorgt werden, um das gewünschte Abstimmungsergebnis, welches die Grünen bereits seit 10 Jahren verfolgen, die CDU erst nach der letzten Bezirkswahl, zu erreichen.

Bei der Abstimmung zum Bebauungsplan Bahrenfeld 68 wird von jedem Ausschussmitglied erwartet, dass es eine Abwägung aufgrund der vielfältigen gegensätzlichen Einwendungen vornimmt. Dazu bedarf es der Kenntnis der Argumente aller Seiten. Wenn z.B. Frau Boehlich in der letzten Sitzung vorgetragen hat, sie brauche das Abwägungspapier (265 Seiten) des Bezirksamtes nicht zu lesen, denn sie vertraue dem Bezirksamt, so zeigt das deutlich einen erheblichen Mangel an Demokratieverständnis, ein entsprechendes Defizit an Kenntnis ihrer Aufgabe als gewählte Volksvertreterin und damit verbunden die mangelnde Bereitschaft, im Rahmen des uralten Rechtsgrundsatzes „audiatur et altera pars“ auch den Bürger mit seinen Argumenten abwägend in seinen Entscheidungsprozess einzubeziehen.

Das gesamte Verfahren Bahrenfeld 68 ist bei erheblichen Teilen der Politik getragen von der mangelnden Bereitschaft, einen Kompromiss herbeizuführen. Es möge sich jeder fragen, ob das seinem Verständnis von Politik entspricht. Das jetzt erstrebte Ergebnis einer 100% Übernahme der Maximalvorstellungen des Vorhabenträgers (mittlerweile wohl Köhler & von Barga, auch in der Politik bekannt geworden im Zusammenhang mit dem Bahrenfelder Forsthaus) ist gerade für die Politik ein schweres Armutszeugnis und ohne jede Bereitschaft, den von den Planungen schwer zusätzlich betroffenen und jetzt schon stark belasteten Bürgern Gehör zu verschaffen. Eine Farce für Bürgerbeteiligung!

Ich bitte um die Beantwortung folgender Fragen von den Mitgliedern im Planungsausschuss, von denen ich im Zusammenhang mit diesem Verfahren noch keine eigene Stellungnahme gehört habe und die ich hier gern persönlich ansprechen möchte:

Sehr geehrte Frau Wätzold , sehr geehrte Herren Boettger, Reinig, Eschenburg, Sülberg, Okun, Schmuckall und Riekers:

1. Haben Sie persönlich die Gelegenheit wahrnehmen können, eine Abwägung aufgrund der vorliegenden Unterlagen vorzunehmen oder wie sind Sie in diesem ja sehr komplexen Verfahren mit seinen vielfältigen Problemstellungen zu Ihrer Meinungsbildung gekommen? Sie interessiert mich insbesondere deshalb, weil die Anwohner ja durchaus zu erheblichen Kompromissen bereit waren, aber leider damit bei Ihren Parteien bzw. deren vorsitzenden Mitgliedern im Ausschuss nicht auf die geringste Resonanz gestoßen sind.

2. Was spricht ausser den Gewinnmaximierungsinteressen des Vorhabenträgers gegen einen Kompromiss und einen gemeinsamen Weg mit den betroffenen Bürgern? Die jetzt angestrebte Lösung bringt für die Anwohner nur weitere Verschlechterungen ihrer Wohnsituation in einem jetzt schon stark belasteten Gebiet. So wird man auf Dauer Nachverdichtung in Hamburg nicht mit Erfolg gestalten können.

Mit freundlichen Grüßen

